

PerGlobal



Diskussion

Kopenhagen 2002

Keine Erweiterung der Nachhaltigkeit?

Berlin, Januar 2003

Der EU-Gipfel in Kopenhagen

Erweiterung der EU

Auf dem EU-Gipfel am 12. und 13. Dezember 2002 in Kopenhagen ist nun endgültig die Erweiterung der Europäischen Union (EU) beschlossen worden. Zum 1. Mai 2004 werden voraussichtlich mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern insgesamt zehn neue Staaten der Europäischen Union beitreten. Damit ist der Weg zur Erweiterung geebnet, obwohl im Laufe dieses Jahres (2003) noch einige grundlegende Entscheidungen anstehen, sowohl in den Beitrittsländern - in Form der Referenden - als auch in der fünfzehn EU-Staaten - in Form der Ratifizierung der Beitrittsverträge - die, wenn auch unerwartet, die Erweiterung noch kippen oder verzögern könnten.

Grundlegende Kriterien

Zugrunde liegen der Erweiterung die im Juni 1993 festgelegten Kriterien, die die Beitrittsländer erfüllen müssen:

- eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten (politisches Kriterium);
- eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten (wirtschaftliches Kriterium);
- die Übernahme der aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen durch die einzelnen Beitrittskandidaten, zusätzlich müssen diese sich auch die Ziele der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können (Kriterium der Übernahme des Besitzstandes der Gemeinschaft).

Unterschiedliche Ausgangspositionen

Grundsätzlich ist die Erfüllung dieser drei Kriterien den zehn Beitrittsländern bescheinigt worden, zudem befinden sich die mittel- und osteuropäischen Länder, sowie Zypern und Malta grundsätzlich in derselben Startposition. Jedoch sind die wirtschaftlichen und politischen Realitäten der Länder sehr unterschiedlich, was die Europäische Union vor nie dagewesene institutionelle und politische Herausforderungen stellt. Trotz bereits erfolgter enormer Anstrengungen ist die Eingliederung in die bestehenden Programme und Strukturen nach wie vor eine schwierige Aufgabe. Gerade in den Bereichen der Umwelt- und Sozialpolitik stellt die als „historisch“ gefeierte Entscheidung der EU in Kopenhagen eine Reihe von Herausforderungen nicht nur an die EU selbst, sondern auch an die Beitrittsländer.

Umweltschutz kein Thema

Zwar stand in Hinblick auf die Erweiterung in der zweiten Hälfte 2002 seitens der EU (unter der Dänischen Präsidentschaft) die Ausarbeitung verbindlicher Richtlinien für eine nachhaltige regionale Umwelt- und Sozialpolitik an, de facto aber wurde nur über die Finanzierung der Erweiterung verhandelt. Das nun beschlossene Finanzpaket hat nun einen Umfang von 40,8 Milliarden Euro.

Fehlende Strukturveränderungen

Die Verhandlungen über die Umweltkapitel endeten jedoch lediglich mit der Festlegung von Zeitplänen, eine dringend notwendige inhaltliche Auseinandersetzung fand nicht statt. So ist auch nach Kopenhagen unklar, ob die Erweiterung für den Umweltschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt einen Segen oder eine Gefahr darstellen wird. Auf der einen Seite stehen Politiker der ‚alten‘ EU-Länder mit ihren Warnungen an die Beitrittsländern, nicht die gleichen Fehler wie sie selbst zu begehen, auf der anderen Seite aber ist es der EU selbst bisher nicht gelungen, die notwendigen eigenen Strukturveränderungen, etwa in der Agrar- und Verkehrspolitik, vorzunehmen. Das macht es den Beitrittsländer schwer, eine andere, d.h. sozial und ökologisch bessere politische Entwicklung einzuleiten.

Keine Reformen im Agrarbereich

Vor allem im Bereich der Agrarverhandlungen hat sich in Kopenhagen gezeigt, wie wenig ernst es die EU meint, wenn sie von einer Reform des Agrarsektors spricht. Anstatt durch eine grundlegende Änderung der EU-Agrarpolitik alten und neuen Mitgliedstaaten die selben Rahmenbedingungen zu verordnen, wird es nun weitaus höhere als zunächst vorgesehene Direktzahlungen an die Landwirte der Beitrittsstaaten geben. Die EU zahlt diese Einkommenshilfen momentan nach einem bestimmten Schlüssel, der Anbaufläche und Viehbestand berücksichtigt. Dass diese Entscheidung nicht nur im ökologischen, sondern auch im sozialen Bereich negative Auswirkungen auf Mensch und Natur haben wird, liegt auf der Hand. Zusätzlich steht diese Entscheidung diametral zum Reformvorschlag der EU-Kommission. Dieser benennt die Kernpunkte und den Zeitrahmen für eine nachhaltige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (CAP) - wichtigste Punkte sind die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, sowie Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Entwicklung und einer umweltfreundlichen Landwirtschaft. Der Ausgang der Verhandlungen in Kopenhagen folgt nun aber bedauerlicherweise der alten EU-Logik, nach der Masse viel Geld einbringt, Qualität aber nicht berücksichtigt wird. Der geplante Ausstieg aus dem europäischen Quoten- und Prämienwahnsinn ist damit in weite Ferne gerückt. In diesem Jahr steht eine Zwischenüberprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik an, die Beitrittsländer werden sich aber wohl kaum die gerade erst erkämpften Privilegien mit einer nachhaltigen Agrarreform wieder abhandeln lassen. Für die Zukunft heißt das eine Ausweitung der Intensivlandwirtschaft in der erweiterten EU - mit entsprechenden Folgen für die biologische Vielfalt. An dieser verpassten Chance können auch die europäischen Agrarumweltprogramme letztlich wenig ändern, da sie weder finanziell mit den nun vereinbarten Direktzahlungen konkurrieren, noch grundlegende politische Fehlentscheidungen revidieren können.

Bedauerlich ist auch, dass Richtlinien für eine nachhaltige regionale Umwelt- und Sozialpolitik - wie vor allem von Umweltverbänden gefordert - vor und in Kopenhagen nicht verhandelt wurden.

Und nun?

Rückschlag für die Nachhaltigkeit

Die vereinbarte Erweiterung der Europäischen Union ist sicherlich ein wichtiger Schritt nicht nur zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas. Dennoch ist es immens wichtig, die verbleibenden eineinhalb Jahre zu nutzen, den europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedanken neuen Schwung zu verleihen. Im Bereich der Umweltpolitik bieten sich durchaus gute Chancen zur Integration umweltpolitischer Gesichtspunkte in die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch die Übernahme von EU-weiten Umwelt- und Nachhaltigkeitsregelungen ist mehr als nur ein positives Signal. Dennoch darf in dem Erweiterungsprozess nicht eine notwendige Reform der Strukturen und Institutionen der EU außer Acht gelassen werden. Zwar finden momentan im Rahmen des Konvent Verhandlungen über eine europäische Verfassung statt, an denen auch die Beitrittsländer teilhaben, bisher hat sich dieser Konvent aber weder im Bereich Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft und Transparenz, noch bei der Umwelt- und Nachhaltigkeitsintegration besonders hervorgetan.

Notwendige Änderung der Konsum- und Produktionsmuster

Zu bedenken ist zudem, dass nicht-nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster der alten Mitgliedstaaten in den neuen noch immer als vorbildhaft gelten. Diese, zusammen mit „westeuropäischen“ Deregulierungs-, Privatisierungs- und Kommerzialisierungstendenzen, gefährden allerdings nicht nur bereits existierende Ansätze etwa im Bereich des Schutzes der biologischen Vielfalt, des öffentlichen Personenverkehrs oder der Landwirtschaft, sondern zementieren auch innerhalb der EU diese Strukturen.

Wachstum vor Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Des Weiteren besteht durch die Erweiterung eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Abschwächung bereits bestehender und der Verlangsamung zukünftiger EU-Gesetzgebungen in den Bereichen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, da es den Beitrittsländern auf absehbare Zeit schwerer fallen wird, diese umzusetzen und vor allem wirtschaftlichem Wachstum zunächst Priorität vor nachhaltiger Entwicklung gegeben wird.

Daraus ergibt sich für die Staaten der EU die Notwendigkeit, vor der Erweiterung zum einen effiziente Umwelt- und Nachhaltigkeitstandards in alle Politikbereiche zu implementieren und zum anderen Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure und Umweltverbände aus den Beitrittsländern zu schaffen.

Kontakt: info@perglobal.com